



N i e d e r s c h r i f t

über die 16. öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses - Bereich Finanzen - in der Wahlperiode 2019/2023 am 21.06.2022

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:08 Uhr
Ende: 16:46 Uhr

Teilnehmer/innen:

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Neuhoff

Stadtrat

Herr Stadtrat Skusa

SPD - Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Frau Stadtverordnete Reimelt

CDU - Fraktion

Herr Stadtverordneter Holz

Frau Stadtverordnete Kargoscha

Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB

Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN PP

Herr Stadtverordneter Kaminiarz

Herr Stadtverordneter Schott

Herr Stadtverordneter Niedermeier

Fraktion Bürger in Wut (BIW)

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Brand

Fraktion Freie Demokraten (FDP)

Herr Stadtverordneter Grotelüschen

Fraktion Alternative für Deutschland (AfD)

Schriftführer

Herr Khalaf

Entschuldigt:

Herr Oberbürgermeister Grantz
Frau Stadtverordnete Knorr
Herr Stadtverordneter Strauch
Herr Stadtverordneter Ventzke

Weitere Teilnehmer:

Stadtkämmerei:	Herr Schmidt, Frau Mangels
Referat für Wirtschaft:	Herr Dr. Meyer, Herr Beckmann
Rechnungsprüfungsamt:	Herr Thiele, Herr Tober, Frau Pinter
Gesamtpersonalrat:	Herr Kieck
Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:	Frau Lotz-Beil
Personalrat Bauverwaltung:	Herr Schulz
Personalrat Schulen:	Herr Weichel
Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:	Frau Rinas

1. Einwohnerfragestunde

Herr Bürgermeister Neuhoff kommt zunächst auf die Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zurück, wohnhaft in der Dieselstraße 17, 27574 Bremerhaven, die dieser zwar zur Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.05.2022 fristgerecht eingereicht hat, an dieser er jedoch aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen konnte. Herr Bürgermeister Neuhoff teilt mit Bezug darauf mit, dass Herr Stadtverordneter Raschen in der besagten Sitzung aufgrund der Abwesenheit von Herrn Lang erklärt hat, dass er die an ihn gerichtete Einwohnerfrage gerne in Anwesenheit von Herrn Lang in der nächsten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 21.06.2022 beantworten möchte.

Anschließend bittet Herr Bürgermeister Neuhoff den nunmehr anwesenden Herrn Lang, die von ihm eingereichte Einwohnerfrage vorzutragen, woraufhin Herr Lang die nachfolgenden Fragen einschließlich Sachverhaltsdarstellung verliest:

Erst kürzlich kaufte der Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven das Karstadt Gebäude in der „Bürger“ und beabsichtigt für die Stadt Bremerhaven den Zoo am Meer um einen Komplex zu erweitern. Beide Objekte werden mit ca. je 50 Millionen Euro kalkuliert = 100 Millionen Euro, ohne die jährlichen Unterhaltskosten.

Wie viel Millionen Euro setzt die regierende Koalition für das Haushaltsjahr 2023 an für

- die notwendigen Unterhaltungen in Straßen (Auto-Fahrrad- und Fußgänger-Wege) Brücken, Infrastruktur etc.?

sowie

- in den Aufbau „Zukunftsinvestition Klimastadt Bremerhaven“, um die Stadt bis 2035/40 klimaneutral mit Energie zu versorgen?

Herr Stadtverordneter Raschen stellt zunächst klar, dass der Ankauf des Karstadt Gebäudes und die beabsichtigte Erweiterung des Zoos am Meer nicht aufgrund von Entscheidungen einer Einzelperson bzw. des Oberbürgermeisters Herr Grantz zustande kommen, sondern anhand von Gremienbeschlüssen, die grundsätzlich einer Mehrheitsentscheidung unterliegen. Folglich hat nicht Herr Oberbürgermeister Grantz das Karstadt Gebäude gekauft und ebenso wenig beabsichtigt er im Alleingang die Erweiterung des Zoos am Meer, vielmehr handelt es sich in Gänze um eine Entscheidung der Stadt Bremerhaven.

Mit Bezug auf die von der Bremischen Bürgerschaft eingesetzte Klima-Enquetekommission teilt Herr Stadtverordneter Raschen mit, dass die von dieser entwickelte „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ und die sich daraus ergebenden Maßnahmen und Zielsetzungen einen erheblichen Mittelaufwand mit sich bringen, den die Stadt Bremerhaven nicht eigenmächtig bewältigen kann. Vielmehr sei die Stadt Bremerhaven zur Umsetzung der Klimaschutzstrategie auf Bundes- und Landesmittel angewiesen. Nichtsdestotrotz werden von Seiten der Stadt Bremerhaven und deren Gesellschaften bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit vorhandenen Mitteln Investitionen getätigt, die darauf abzielen, den Klimaschutz bestmöglich voranzutreiben. Hier sei unter anderem der Aufbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Dächern wie der Stadthalle Bremerhaven und der Bremerhavener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH erwähnt, mit denen umweltfreundlicher Solarstrom entwickelt wird, aber auch die vielen energetischen Gebäudesanierungen, die Förderung des Ausbaus der Windenergie und der Wasserstoffproduktion, der Aufbau von Ladesäulen für elektrisch betriebene Fahrzeuge sowie die Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf klimaneutrale Antriebe wie Strom und Wasserstoff.

Im Anschluss teilt Herr Stadtverordneter Raschen mit, dass die Koalition dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien ungeachtet der bereits im Doppelhaushalt 2022/2023 in Höhe von jeweils 4 Mio. Euro veranschlagten Investitionsmittel, für dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich von Schulen und Kindertagesstätten, aber auch im Bereich der Feuerwehr, dem Friedhofswesen, der Kultur und dem Sport, im Rahmen einer Sanierungsoffensive Verfügungsmittel in Höhe von rund 13,4 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2022 und in Höhe von rund 14,2 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2023 bereitgestellt hat. Ergänzend teilt Herr Stadtverordneter Raschen mit Bezug auf die Sanierungsoffensive mit, dass der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien grundsätzlich darauf ausgerichtet ist und großen Wert darauf legt, die Investitionsmittel im Sinne von Klimaneutralität und Energieeffizienz einzusetzen und ebenfalls den Ausbau der solartechnischen Energiegewinnung vorantreibt. Ferner wirbt der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien insbesondere für energetische Sanierungen Drittmittel des Bundes und des Landes Bremen in nicht unerheblicher Größenordnung ein.

Abschließend teilt Herr Stadtverordneter Raschen mit, dass im Doppelhaushalt 2022/2023 unter anderem Mittel in Höhe von rund 11,6 Mio. € für die Unterhaltung und Sanierung von Straßen und Brücken, rund 9,9 Mio. € für Städtebauförderungsmaßnahmen, rund 1,6 Mio. € für den Ausbau des Radwegenetzes und rund 0,6 Mio. € für Lärmschutzmaßnahmen veranschlagt wurden. Des Weiteren sind in den Rücklagen der Stadt Bremerhaven Mittel in Höhe von rund 25 Mio. € enthalten, die ebenfalls den Bereichen Straßen- und Brückenbau sowie Städtebauförderung zugutekommen.

2. Genehmigung der Niederschrift über den Finanzteil der 15. öffentlichen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 24.05.2022 20/2022

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss genehmigt die Niederschrift.

Der Beschluss ergeht bei zwei Enthaltungen der Stadtverordneten Frau Kargoscha und Herr Holz einstimmig.

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven (GOSTVV) 21/2022

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2020 **22/2022**

Herr Bürgermeister Neuhoff teilt den Ausschussmitgliedern auf die Bitte des Rechnungsprüfungsamtes mit, dass die in der Anlage 1 auf Seite 16 aufgeführte Tabelle 8 aufgrund eines Formelfehlers gestrichen wird.

Im Anschluss wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Vorlage mit

- dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2020 und
- der Haushaltsrechnung 2020

zur Kenntnis und bittet die Stadtkämmerei, die Haushaltsrechnung 2020 zusammen mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes sowie den weiteren Unterlagen gemäß § 69 der Verfassung für die Stadt Bremerhaven zur überörtlichen Prüfung an den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen weiterzuleiten.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

5. Rechnungsergebnisse der Ausschussbereiche 0 „Zentrale Finanzwirtschaft“ und 2 „Finanzen, Wirtschaft, Rechtsangelegenheiten“ zum 14. Monat des Haushaltsjahres 2021 **23/2022**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt gemäß Ziffer 4.2 der Rücklagenrichtlinie des Magistrats der Stadt Bremerhaven die zahlenmäßig abgestimmten Rechnungsergebnisse der Ausschussbereiche 0 und 2 auf der Grundlage des 14. Monats 2021 zur Kenntnis.

6. Haushalts- und Kassenabschluss nach den §§ 82 und 83 der Landeshaushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2021 in der Stadt Bremerhaven **24/2022**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den nach den §§ 82 und 83 der Landeshaushaltsordnung vorgeschriebenen Haushalts- und Kassenabschluss 2021 zur Kenntnis.

7. Niederschlagungen und Erlasse im Haushaltsjahr 2021 **25/2022**

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld fragt an, wofür die vereinnahmten Hundesteuern ausgegeben werden.

Herr Kaminiarz erklärt, dass die Hundesteuer, wie auch alle anderen Steuereinnahmen, der allgemeinen Finanzierung des Gesamthaushaltes einer Stadt dienen.

Im Anschluss wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt von der Übersicht über die befristeten und unbefristeten Niederschlagungen sowie über die Erlasse der Stadt Bremerhaven aus dem Haushaltsjahr 2021 einschließlich der Erläuterungen hierzu Kenntnis.

8. Zuwendungsbericht 2021 **26/2022**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Zuwendungsbericht 2021 zur Kenntnis.

9. Generelle Entsperrung der Drittmittelrücklage „Krankenhäuser“ für das Gesundheitsamt zwecks anteiliger Finanzierung der Kinderklinik Bremerhaven-Reinkenheide (Pädiatrie) 27/2022

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt die generelle Entsperrung der Drittmittelrücklage für das im Bereich des Gesundheitsamtes angesiedelte Kapitel 6510 „Krankenhäuser“.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

10. Generelle Entsperrung der in der Drittmittelrücklage für das Stadtplanungsamt hinterlegten Mittel aus dem Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ 28/2022

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt die generelle Entsperrung der in der Drittmittelrücklage für das Stadtplanungsamt hinterlegten Mittel aus dem Landesprogramm „Lebendige Quartiere“.

Der Beschluss ergeht bei einer Gegenstimme von Herrn Stadtverordneten Koch mehrheitlich.

11. Entnahme aus der Rücklage Bremerhaven-Fonds (Corona) zur Finanzierung von Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie 29/2022

Auf die Nachfrage von Herrn Stadtverordneten Lichtenfeld, in welcher Hinsicht ein Zusammenhang zwischen der Instandsetzung und Reparatur der ASTARTE und der Corona-Pandemie gegeben sei, teilt Herr Dr. Meyer vom Referat für Wirtschaft mit, dass die Instandsetzung und Reparatur der ASTARTE aufgrund von coronabedingten Mindereinnahmen nicht aus Eigenmitteln finanziert werden kann und dennoch dringend erforderlich ist.

Im Anschluss erfolgt eine in Teilen kontrovers geführte Diskussion, an der die Stadtverordneten Herr Allers, Herr Raschen, Herr Kaminiarz, Herr Schott, Herr Lichtenfeld und Herr Bürgermeister Neuhoff teilnehmen und die unter anderem die Kausalität der einzelnen Maßnahmen zur Corona-Pandemie sowie die Geeignetheit zur Abfederung derer coronabedingten Folgen zum Inhalt hatte.

Herr Stadtverordneter Schott teilt zunächst mit, dass seine Fraktion und er die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen grundsätzlich begrüßen und für gut erachten. Nichtsdestotrotz bemängelt er, dass in der Vorlage keine betragsmäßige Zuordnung für die Maßnahmen im Bereich des Stadtplanungsamtes aufgenommen wurde und beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen PP, dass der auf das Stadtplanungsamt bezogene Teil in der Beschlussfassung auf die nächste Sitzung verschoben wird.

Daraufhin lässt Herr Bürgermeister Neuhoff über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei Zustimmung der Stadtverordneten Herr Kaminiarz, Herr Schott, Herr Niedermeier, Herr Koch und Herr Lichtenfeld mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, zur Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie dem Referat für Wirtschaft Mittel in Höhe von 474.584,27 €, dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien Mittel in Höhe von 75.000 €, dem Stadtplanungsamt Mittel in Höhe von 174.021,41 € und dem Amt für Jugend, Familie und Frauen Mittel in Höhe von 952.000 € auf den dafür vorgesehenen Haushaltsstellen zur Verfügung zu stellen.

Zur Deckung werden Mittel in Höhe von insgesamt 1.675.605,68 € aus der Rücklage 8620/020 04 „Bremerhaven-Fonds (Corona)“ herangezogen.

Darüber hinaus wird das Stadtplanungsamt dazu verpflichtet, zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses eine Vorlage zur Kenntnisnahme einbringen, aus der die betragsmäßige Zuordnung der für das Fachamt betreffenden Maßnahmen ersichtlich wird.

Der Beschluss ergeht bei fünf Enthaltungen der Stadtverordneten Herr Kaminiarz, Herr Schott, Herr Niedermeier, Herr Koch und Herr Lichtenfeld mehrheitlich.

12. Bremerhavener Beschäftigungsgesellschaft "Unterweser" mbH (BBU GmbH), Ausgleich der durch die Corona-Pandemie verursachten Verluste aus dem Bremerhaven-Fonds 30/2022

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, dass die Finanzierung des von der Bremerhavener Beschäftigungsgesellschaft „Unterweser“ mbh aufgrund der Corona-Pandemie im Geschäftsjahr 2021 erwirtschafteten Fehlbetrages i.H.v. 1.072.479,18 Euro durch eine Zahlung aus dem Bremerhaven-Fonds 2022 ausgeglichen wird.

Der Beschluss ergeht bei einer Gegenstimme von Herrn Stadtverordneten Koch und einer Enthaltung von Herrn Stadtverordneten Lichtenfeld mehrheitlich.

13. Verschiedenes

In Bezug auf die Nachfrage von Herrn Stadtverordneten Kaminiarz in der vorangegangenen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.05.2022 zu dem Ergebnis der Steuerschätzung trägt Herr Bürgermeister Neuhoff vor:

Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat in seiner Mai-Steuerschätzung 2022 im Vergleich zu der Schätzung im November 2021 dem Bund und den Ländern deutliche Steuermehreinnahmen vorausgesagt. Als Gründe dafür nennt das Gremium die wirtschaftliche Erholung im zweiten Halbjahr 2021 sowie das höher erwartete Wirtschaftswachstum im zweiten Halbjahr dieses Jahres.

Für die Stadt Bremerhaven bedeutet dies betreffend des Haushaltsjahres 2022 Mehreinnahmen von 17,2 Mio. Euro (Steuern 6,7 Mio. Euro, Schlüsselzuweisungen 10,5 Mio. Euro).

Im Haushaltsjahr 2023 werden Mehreinnahmen von 19,7 Mio. Euro prognostiziert (Steuern 7,8 Mio. Euro, Schlüsselzuweisungen 11,9 Mio. Euro).

Für das laufende Haushaltsjahr haben die Mehreinnahmen jedoch keinen Effekt, da dafür die Steuerschätzung aus dem Mai 2021 maßgeblich ist. Außerdem unterliegt die aktuelle Schätzung großen Unsicherheiten.

Hierzu zitiert Herr Bürgermeister Neuhoff Herrn Finanzsenator Dietmar Strehl: "Kein Mensch kann sagen, wie es in der Ukraine weitergeht. Ein Ölembargo ist wahrscheinlich und führte zu weiteren Verwerfungen. Nicht vergessen sollten wir, dass die Corona-Pandemie nicht vorbei ist. Lieferketten sind deswegen nach wie vor gestört und im Herbst könnte die Pandemie nochmals anziehen. All das kann dazu führen, dass die guten Prognosen nicht eintreffen. Daher muss der Bremer Senat zwingend weiterhin vorsichtig haushalten."

Weiter führt Herr Bürgermeister Neuhoff aus, dass sich der Krieg in der Ukraine bereits jetzt massiv auch in Bremen auswirkt. Kosten für Energie und Bauprojekte steigen. Die Städte Bremen und Bremerhaven sind davon genauso negativ betroffen, wie die Wirtschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung und damit die tatsächlichen Steuereinnahmen sind damit hohen Risiken ausgesetzt. Zusätzliche Unsicherheit bringt die steigende Inflation.

Sicher scheint dagegen, dass mehr Menschen aus der Ukraine nach Deutschland und somit auch nach Bremen kommen und versorgt werden müssen. Hier ist mit erheblichen finanziellen Belastungen zu rechnen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat darüber hinaus aus technischen Gründen ein wesentliches Risiko nicht in die Betrachtung mit aufgenommen. So fehlt in der Berechnung das sogenannte Entlastungspaket I und II des Bundes. Dem Land Bremen entstehen aufgrund dieser Pakete im laufenden Jahr Einnahmeausfälle bzw. Ausgaben in Höhe von mehr als 98 Mio. Euro.

Erneut zitiert Herr Bürgermeister Neuhoff in Sachen Steuerschätzung Herrn Finanzsenator Dietmar Strehl: "Für mich sind die Zahlen eine Momentaufnahme. Die Steuerschätzung gibt keinen Anlass und auch keine Spielräume für neue Projekte und neue Ausgabenwünsche. Und diese Steuerschätzung löst nicht unsere Probleme für das laufende Haushaltsjahr. So müssen wir konstruktiv im Senat weiterhin eine Lösung für die sogenannte globale Minderausgabe finden."

Abschließend hält Herr Bürgermeister Neuhoff zum Thema Steuerschätzung fest, dass dies auch für die im Bremerhavener Haushalt für 2022 eingestellten globalen Minderausgaben von -14 Mio. Euro sowie weitere sich abzeichnende Haushaltsrisiken gilt.

Ferner teilt Herr Bürgermeister Neuhoff den Ausschussmitgliedern mit, dass nach aktueller Datenlage rund 1.800 Flüchtlingen aus der Ukraine in Bremerhaven aufgenommen worden sind und man sich mit Blick nach Bremen darauf verständigt hat, dass die in Bremerhaven anfallenden Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine im Zuge einer Spitzabrechnung seitens der Bremer erstattet werden.

Herr Stadtverordneter Kaminiarz bedankt sich bei Herrn Neuhoff für die abgegebene Stellungnahme und hofft darauf, dass die aus der Steuerschätzung zu erwartenden Begehrlichkeiten erfolgreich von Seiten des Stadtkämmerers abgeblockt werden können.

Herr Stadtverordneter Niedermeier fragt an, ob reelle Erfolgsaussichten bestehen, dass der Hafentunnel als Landes- oder Bundesstraße ausgewiesen werden könnte und die Stadt Bremerhaven im Zuge dessen um die Folgekosten für den Hafentunnel entlastet wird.

Herr Bürgermeister Neuhoff teilt mit, dass er eine diesbezügliche Regelung zwar sehr begrüßen würde, aber momentan keine Anhaltspunkte dafür sehe und dementsprechend in der kommenden Haushaltsplanung die Haushaltsansätze zur Abdeckung der Folgekosten für den Hafentunnel voraussichtlich entsprechend veranschlagt werden müssen.

Abschließend lobt Herr Stadtverordneter Grotelüschen den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes 2020 und das Steueramt sowie die Stadtkassen für die offensichtlich erfolgreiche Eintreibung von Abgabebeträgen bzw. Forderungen der Stadt Bremerhaven.

Vorsitzender	Vorsitzender	Schriftführer
gez. Neuhoff	gez. Skusa	gez. Khalaf
Neuhoff Bürgermeister	Skusa Stadtrat	Khalaf